

Caritas-Zentrum Speyer

Jahresbericht 2023



Not sehen und handeln.
C a r i t a s



Inhaltsverzeichnis

Standorte	3
Vorwort.....	4
Allgemeine Sozialberatung.....	5
Erziehungs-, Ehe- und Lebensberatung.....	8
Familienbüros	11
Gemeindecaritas	14
Kinderschutzdienst	15
Kitasozialraumarbeit	18
Migration und Integration	20
Schwangerschaftsberatung	25
Suchtberatung.....	29
Projekte	33
Ausblick und Perspektiven 2024.....	35

Impressum

Der Jahresbericht 2023 wird herausgegeben vom:
Caritas-Zentrum Speyer
Ludwigstraße 13a, 67346 Speyer

Träger: Caritasverband für die Diözese Speyer e.V.
Nikolaus-von-Weis-Straße 6, 67346 Speyer

Auflage: 250

Inhaltliche Verantwortung: Marlen Bauer, Naomi Amend,
Leitung Caritas-Zentrum

Fotovermerke:

Titel: Klaus Landry

Seite 02: Adobe Stock chagin

Seite 3, 4, 9, 16, 23, 30: Klaus Landry

Seite 04: Justine Köhler

Seite 12+13: Caritas-Zentrum Speyer

Seite 14: Adobe Stock Victor Koldunov

Seite 18: Adobe Stock doris oberfrank-list

Seite 27: Adobe Stock milazvereva

Seite 31: Adobe Stock .shock

Seite 33: Adobe Stock LIGHTFIELD STUDIOS

Seite 35: Adobe Stock scusi

Gestaltung und Druck: Chroma-Druck, Ludwigshafen

Erschienen im April 2024.



Weitere Informationen finden Sie unter
www.caritas-zentrum-speyer.de

Caritas-Zentrum Speyer

Ludwigstraße 13a, 67346 Speyer
Telefon: 06232 / 8725-112
Fax: 06232 / 8725-199
E-Mail: caritas-zentrum.speyer@caritas-speyer.de
Online-Beratung: www.beratung-caritas.de



Beratungsangebote

- Allgemeine Sozialberatung
- Erziehungs-, Ehe- und Lebensberatung
- Gemeindec Caritas
- Kinderschutzdienst
- Kita-Sozialraumarbeit
- Schwangerschaftsberatung
- Suchtberatung

Außenstellen der Beratung für geflüchtete Menschen

Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (AfA)
Spaldingerstr. 100, 67346 Speyer
Dienst-Handy: 0152 / 09381903 oder 0152 / 09119342

Familienbüros

Familienbüro Maxdorf, Hauptstr. 79, 67133 Maxdorf
Telefon: 06237 / 401162

Familienbüro Böhl-Iggelheim, Am Schwarzweiher 7, Zimmer 8, 67459 Böhl-Iggelheim
Telefon: 06324 / 963-121

Kinderschutzdienst Rhein-Pfalz-Kreis

Dekan-Finck-Platz 1, 67117 Limburgerhof
Telefon: 06236 / 4614067
Termine nach telefonischer Vereinbarung

Außenstelle des Caritas-Zentrums in Frankenthal

Westliche Ringstraße 30, 67227 Frankenthal
Telefon: 06233 / 327032

Beratungsangebote:

- Allgemeine Sozialberatung
- Kinderschutzdienst
- Flüchtlingsberatung für den nördlichen Rhein-Pfalz-Kreis
- Schwangerschaftsberatung

Mitarbeiter*innenzahl: 35 Mitarbeiter*innen

Öffnungszeiten und Erreichbarkeit im Caritas-Zentrum Speyer:

Montag, Mittwoch, Freitag	8.30 Uhr bis 12 Uhr
Dienstag und Donnerstag	8.30 Uhr bis 12 Uhr und 13 Uhr bis 16 Uhr

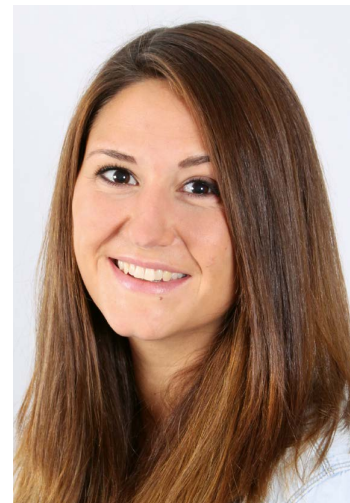
Termine sind für unsere Kund*innen direkt über die Online-Terminvereinbarung unter www.caritas-zentrum-speyer.de sowie über die angegebenen Telefonnummern möglich.

Vorwort

Im Herbst 2023 sind Marlen Bauer und Naomi Amend aus der Elternzeit zurückgekehrt und haben die Leitung des Caritas-Zentrums Speyer wieder übernommen. Der kommissarische Leiter Wolfgang Grill ist wieder vollumfänglich als Referent für Soziale Sicherung im Caritasverband Speyer tätig, Claudia Wetzler haben wir in den passiven Teil der Altersteilzeit verabschiedet.

Trotz personeller Wechsel in Abteilungs- und Einrichtungsleitungen sowie unter den Mitarbeiter*innen im Verlauf des gesamten Jahres hatten wir unsere Kundinnen und Kunden im Blick und stellten die Beratung sicher. In allen Arbeitsfeldern stiegen die Fallzahlen an. Wir freuen uns über die Ernennung von Barbara Aßmann zur Caritas-Direktorin und ihrer Nachfolgerin Petra Wolf als Abteilungsleiterin der Abteilung Soziales im Caritasverband für die Diözese Speyer.

Das Caritas-Zentrum Speyer hat sich auch 2023 auf den Weg gemacht, digitaler zu werden. Neben der Möglichkeit der Online- und Video-Beratung wird auch die teaminterne Kommunikation des Zentrums mit zahlreichen Außenstellen im gesamten Rheinpfalz-Kreis immer mehr auf digitale Weise sichergestellt. Im Rahmen der Jahreskampagne „Klimaschutz, der allen nutzt“ haben wir beispielsweise durch vermehrte digitale Sitzungen die Nutzung von Kraftfahrzeugen verringern können.



Im Rahmen der Winterhilfen konnte finanzielle Unterstützung für Menschen bereitgestellt werden, die aufgrund steigender Energiepreise in Not geraten waren. Das Ukraine-Café in SP-West leistete im Jahr 2023 einen wertvollen Beitrag und wird erfolgreich zum Ende des Jahres abgeschlossen.

Die neue Leitung freut sich auf den Ausbau der bisherigen Zusammenarbeit mit den Kooperationspartner*innen im Jahr 2024.

Für das Caritas-Zentrum Speyer
Marlen Bauer & Naomi Amend

Dieser Fachdienst hat im Jahr 2023 insgesamt 393 Menschen, davon 120 in Frankenthal und 273 in Speyer, beraten. Die Gesamtzahl der Beratungskontakte lag bei 940 Gesprächskontakten.

Für 212 Menschen (Frankenthal 80 und 132 Speyer), die ihre Wohnung verloren hatten, diente das Caritas-Zentrum als postalische Adresse und ermöglichte den Betroffenen dadurch den Bezug von Sozialleistungen.

Statistische Angaben

Angaben	Speyer	Frankenthal
Anzahl der Kunden	273	120
Männlich / Weiblich	143 / 130	75 / 45
Anzahl der Kontakte	498	442

Familienstand	Speyer	Frankenthal
Ledig	133	72
Verheiratet	57	18
Geschieden	41	18
Getrennt lebend	29	8
Eheähnliche Gemeinschaft	6	1
Verwitwet	6	2
Keine Angaben	1	1

Alter	Speyer	Frankenthal
Unter 18 Jahren	0	1
18 bis 25 Jahren	37	21
26 bis 40 Jahren	92	43
41 bis 65 Jahre	98	52
Über 65 Jahren	21	1
Ohne Angabe	25	2

Einkommenssituation*	Speyer	Frankenthal
ALG I, II oder ergänzende Leistungen	83	60
Erwerbseinkommen	50	8
Rente	19	1
Grundsicherung	13	4
Asylbewerberleistungen	8	0
Sonstige Einkünfte	53	40
Keine Einkünfte	47	7

*Mehrfachnennungen sind möglich

Problemarten*	Speyer	Frankenthal
SGB Rechtsfragen	131	34
Finanzielle Probleme	235	60
Sonstige Rechtsfragen	91	7
Wohnungssuche	114	12
Konflikte Familie, Partner, Kinder, Umfeld	39	0
Psychische Probleme	97	3
Gesundheitliche Probleme	116	8
Straffälligkeit	5	2
Suchtprobleme	38	5

*Mehrfachnennungen sind möglich

Hilfen*	Speyer	Frankenthal
Rechtshilfe Behörde	41	3
Beratung / Hilfe zur Rechtsdurchsetzung	164	34
Finanzielle / materielle Hilfe	115	48
Wirtschaftliche Beratung	32	2
Informationsvermittlung	220	14
Clearing	55	10
Krisenintervention	19	1
Sozialberatung	56	43
Vermittlung Fachdienst	43	3
Sonstiges – Schriftsätze	126	19

*Mehrfachnennungen sind möglich

Entwicklungen, Tendenzen und Perspektiven

Im Jahr 2023 stand die Allgemeine Sozialberatung erneut vor der Herausforderung, den wachsenden Bedarf an Unterstützung bei der Antragsbearbeitung zu bewältigen. Insbesondere Bürgergeld, Wohngeld, Kindergeld und Kinderzuschlag waren Anträge, die für viele Ratsuchende, darunter vor allem Geflüchtete und Migranten, eine große Hürde darstellten. Die zunehmende Bürokratie erwies sich als große Hürde, der die Menschen gegenüberstanden. Die steigende Anzahl von Menschen mit Migrationshintergrund oder Fluchterfahrung führen zunehmend zu Verständigungsschwierigkeiten und machen die Sprachvermittlung durch Sprachprogramme erforderlich, die jedoch oft nicht zufriedenstellend sind. Die Organisation von Dolmetschern wird daher immer wichtiger.

Erfreulicherweise konnte die Allgemeine Sozialberatung im Rahmen der Winterhilfe direkte finanzielle Unterstützung in Höhe von über 8.000 Euro leisten. Noch bedeutender war die Möglichkeit der personellen Aufstockung in der Beratung durch diese kirchlichen Finanzierungsmittel. Dadurch konnte in vielen Fällen sichergestellt werden, dass Menschen zunächst noch nicht realisierte staatliche Leistungen aus kirchlichen Fördertöpfen erhielten und somit eine akute Energie-Notlage abgewendet werden konnte.

Daneben spielten Gesundheitsthemen eine zunehmende Rolle, darunter diverse psychische Erkrankungen, in Einzelfällen auch schwere Post-Covid-Erkrankungen mit Verlust der Arbeitsfähigkeit, chronifizierte Alterserkrankungen und verschiedene Krebsleiden.

Die Beratungen zur Rechtsdurchsetzung sind um 50 % gestiegen, ebenso die Rechtshilfen bei Behörden, die um 24 % zugenommen haben. Die Postkundenanzahl ist um 25 % auf 132 gestiegen, wobei es sich häufig um Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten, psychischen Erkrankungen, in Notquartieren Wohnende und Obdachlose handelt. Bei rund 132 Postkunden 2023 bedeutet das durchschnittlich mehr als 6000 Kontakte jährlich allein für die Postausgabe in Verwaltung und ASB.

Die Wohnungsnot verschärft sich weiter, bezahlbaren Wohnraum wird immer knapper insbesondere für Menschen der Mittelschicht und der Armutsbevölkerung angesichts anhaltender Verteuerung von Mieten, Energie- und Heizkosten sowie der Kaufkraftverluste durch Inflation. Dies führt zu einem zunehmenden Anstieg der Obdachlosigkeit, was sich auch in der steigenden Anzahl der Postkunden widerspiegelt. Insbesondere junge Menschen benötigen vermehrt eine Adresse für die Abwicklung ihrer Korrespondenz mit Behörden.

In Einzelfällen kommen Anfragen von jungen Arbeitsmigranten als Auszubildende im Pflegebereich, die die Anforderungen nicht erfüllen und mittellos in der Region bleiben. Dies ist für sie eine große finanzielle Belastung, da sie mit hohen Kosten eingereist sind und ebenso hohe Kosten für die Ausreise tragen müssen, wenn sie nicht schnellstmöglich eine neue Ausbildungsstelle finden.

Ein Fallbeispiel aus der Allgemeinen Sozialberatung:

Eine 35-jährige Frau mit einem fünf Jahre alten Kind suchte unsere Beratungsstelle in einer akuten Notlage auf. Ursprünglich als Verkäuferin beschäftigt, arbeitete sie mehr als 6 Monate lang in einer Bäckerei mit einem unbefristeten Vollzeitvertrag. Nachdem sie der Bäckereibetreiberin ihre Schwangerschaft mitgeteilt hatte, kündigte diese ihr fristlos und verweigerte sogar die Auszahlung des Lohns für den November 2023, in dem sie voll gearbeitet hatte. Außer dem Kindergeld hatte die Frau keine Einnahmen und war somit in einer existenziellen Notlage ohne finanzielle Mittel für Lebenshaltungs- und Wohnkosten.

In der Beratung lag der Fokus zunächst darauf, den Arbeitsplatz zu sichern und die Kundin dazu zu motivieren, ihre Arbeitnehmerrechte geltend zu machen. Sie reichte Einspruch gegen die Rechtswirksamkeit der Kündigung ein und forderte gleichzeitig die Auszahlung des ausstehenden Lohns. Zusätzlich beantragte sie Beratungshilfe und wandte sich mit Unterstützung der Beratungsstelle an das staatliche Arbeitsgericht, da die zukünftigen Sozialtransfers von Mutterschaftsgeld und Elterngeld auf dem vorherigen Arbeitseinkommen basieren würden.

Des Weiteren beantragte sie Bürgergeld beim Jobcenter und leitete die dringende Forderung des Kindesunterhalts beim Kindesvater ein, der bisher entweder nicht oder nur unregelmäßig gezahlt hatte. Ergänzend fasste sie die Beantragung von Unterhaltsvorschuss beim Jugendamt ins Auge, falls die Forderung gegen den Kindesvater nicht erfolgreich sein sollte. Da diese Verfahren Zeit in Anspruch nehmen, befand sich die Kundin über Wochen in einer existenziellen Notlage.

Durch die Vermittlung zur Tafel konnte die Alleinerziehende zumindest in gewissen Abständen mit Lebensmitteln versorgt werden. Darüber hinaus erhielt sie von uns mehrfach Nothilfezahlungen und Sachleistungen für zusätzliche Lebenshaltungsbedarfe. Die Situation verschärfte sich durch den täglichen Druck seitens der Vermieterin aufgrund der ausstehenden Mietzahlungen nicht nur finanziell, sondern auch mental. Wir vermittelten die Kundin an die Wohnraumsicherung des Sozialamtes der Kommune, damit sie ein Darlehen für die Wohnkosten beantragen konnte, um ihren Wohnraum zu erhalten.

Erziehungs-, Ehe- und Lebensberatung

Die integrierte Beratungsstelle der Erziehungs-, Ehe- und Lebensberatung ist mit 2,0 Fachstellen besetzt, die auf 4 Fachkräfte unterschiedlicher Profession aufgeteilt sind. Im Berichtsjahr 2023 wurden mit diesem Leistungsangebot 340 Kunden erreicht, im Vergleich zu 237 im Jahr vor Corona (2019). Die Geschlechterverteilung liegt bei 165 weiblichen Kunden, 174 männlichen Kunden und einem Kunden mit diversem Geschlecht. Die Anzahl aller Face-to-face-Beratungskontakte erreicht mit 1.669 ebenfalls einen neuen Höchststand, verglichen mit 1.250 Kontakten im Jahr 2019.

Statistische Angaben

Gesamtzahl der Kunden	340					
Innerhalb SGB VIII	302					
	Weiblich	151	Männlich	150	Divers	1
Ehe- und Lebensberatung	38					
	Weiblich	14	Männlich	24	Divers	0

Altersverteilung (nach SGB VIII und Ehe- und Lebensberatung)

SGB VIII	Alter	Insgesamt
	0 bis 6 Jahre	83
	6 bis 12 Jahre	101
	12 bis 18 Jahre	85
	Über 18 Jahre	33
	Gesamt	302

Ehe- und Lebensberatung	Alter	Insgesamt
	Unter 27 Jahre	3
	27 bis 40 Jahre	4
	40 bis 50 Jahre	4
	50 bis 60 Jahre	7
	Über 60 Jahre	20
	Gesamt	38

Familiärer Hintergrund (nach SGB VIII und Ehe- und Lebensberatung)

Nach SGB VIII	Fälle	Prozent
Eltern leben zusammen	163	54
Elternteil lebt allein, ohne Partner (mit / ohne weitere Kinder)	108	36
Elternteil lebt mit neuem Partner (mit / ohne weitere Kinder)	31	10
Unbekannt	0	0
Gesamt	302	100

Ehe- und Lebensberatung	Fälle	Prozent
Paar lebt zusammen	26	68
Paar lebt allein, geschieden, verwitwet	11	29
Unbekannt	1	3
Gesamt	38	100

Entwicklungen, Tendenzen und Perspektiven

Im vergangenen Jahr sahen sich die Beraterinnen und Berater in der Erziehungs-, Ehe- und Lebensberatung des Caritas-Zentrums Speyer mit besonderen Herausforderungen konfrontiert. Aufgrund der enorm hohen Nachfrage musste das Team zweimal kurzfristig einen Aufnahmestopp verkünden, was nicht nur die steigende Nachfrage nach Unterstützung, sondern auch die zunehmende Komplexität der Fragestellungen verdeutlichte, mit denen junge Familien und Paare konfrontiert sind. Die Komplexität der Beratungsprozesse aufgrund unterschiedlicher Beratungsinhalte verhart seit drei Jahren auf einem hohen Niveau. Im Jahr 2023 überstieg die absolute Zahl der Fälle im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe erstmals die Marke von 300 und liegt bei 302 Fällen. Die Fallzahlen bzw. Anmeldungen in der Erziehungs-, Ehe- und Lebensberatungsstelle bewegen sich auf Rekordniveau.

In den Beratungsgesprächen standen vor allem Trennungen und erzieherische Fragen im Mittelpunkt. Die Dynamik von Familienbeziehungen und die damit verbundenen Herausforderungen erforderten eine individuelle Herangehensweise. Die Beraterinnen und Berater setzten sich intensiv mit den spezifischen Bedürfnissen der Ratsuchenden auseinander, um passgenaue Unterstützung anzubieten. Soziale Herausforderungen, vor denen Familien und Paare stehen, sind vielfältig und erfordern eine gut vernetzte, einfühlsame Beratung.

Die Erziehungs-, Ehe- und Lebensberatungsstelle des Caritas-Zentrums Speyer bietet Beratung und Unterstützung in nahezu allen Lebenslagen rund um das Thema Erziehung, Partnerschaft und Familie an. Vier Teilzeitkräfte arbeiten in einem multiprofessionellen Team sehr effektiv zusammen. Die Themen, mit denen die Familien in die Beratungsstelle kommen, spiegeln die Vielfalt des Beratungsangebots wider, von Fragen zur Erziehung vom Kleinkind bis zur Lebensbegleitung junger Volljähriger bis hin zu Helferkonferenzen und Bearbeitung psychosozialer Krisen.

In der Beratung trat ein deutlicher Anstieg psychischer Belastungen bei Menschen auf, die die zurückliegende Pandemiezeit erlebt haben. Die langfristigen Auswirkungen dieser Krise manifestieren sich insbesondere in Beziehungsproblemen, Unsicherheiten und Ängsten. Die durch die Pandemie bedingten Veränderungen haben tiefe Spuren hinterlassen und erfordern von den Beraterinnen und Beratern eine besonders sensibilisierte Herangehensweise.

Ein auffälliger Trend ist der Anstieg psychischer Belastungen, die als Nachwirkungen der Pandemiezeit bei den Menschen auftraten. Besonders betroffen sind belastete Jugendliche, bei denen der Umgang mit Medien zu einem herausragenden Beratungsthema geworden ist. In der Zeit von Corona stellten das Internet und das Homeschooling die einzige Möglichkeit für einen interaktiven digitalen Austausch dar. Heute stehen Eltern vor der Herausforderung, die Mediennutzung ihrer Kinder klar zwischen schulischem Bereich und Freizeitbereich zu differenzieren. In der Beratung zeigt sich häufig, dass Eltern in dieser Hinsicht überfordert und machtlos wirken. Der Umgang mit Medien nimmt somit einen zentralen Platz in den Beratungsgesprächen ein und erfordert eine gezielte Unterstützung für Eltern in der Bewältigung dieser neuen Herausforderungen.



Ein Fallbeispiel aus der Erziehungs-, Ehe- und Lebensberatung:

Herr und Frau Meier sind seit ungefähr 17 Jahren verheiratet. Für beide ist es die erste Beziehung. Frau Meier arbeitet als Kosmetikerin (70 %), Herr Meier als Einzelhandelskaufmann (100 %). Es gibt zwei Kinder: Filip, 7, und Martin, 12.

Herr Meier schildert sein Anliegen wie folgt: Er fühlt sich als Partner und Vater der Kinder aktuell nicht (mehr) gesehen. Seine Meinung zählt nicht, die Kindsmutter nimmt ihn nicht ernst und die Kinder ihn somit auch nicht mehr.

Frau Meier schildert: „Ich fühle mich als Partnerin und Mutter ebenfalls nicht akzeptiert. Mein Mann zieht sich zurück, schläft aktuell sogar auf dem Dachboden. Grundsätzlich fehlt es ihm an Einfühlungsvermögen den Kindern gegenüber. Er kann oft nicht verstehen, wie es den Kindern geht und was sie brauchen.“

Im gemeinsamen Gespräch mit dem Paar kann folgende Paardynamik herausgearbeitet werden: Die Kindsmutter scheint lockerer in der Erziehung, der Kindsvater hingegen strenger zu sein. Herr Meier fühlt sich von Frau Meier daraufhin im Stich gelassen, es kommt zum Streit, und der Vater zieht sich zurück. Frau Meier fühlt sich durch den Rückzug gedemütigt und weint oft. Nach dem jeweiligen Zielbild gefragt äußern beide, sich wieder eine gegenseitige Annäherung zu wünschen.

Durch sich wiederholende Zwiegespräche des Beraters mit jeweils einem der Partner in Anwesenheit des anderen kann mehr gegenseitiges Verständnis gefördert werden. Das Zuhören und das „Sich-

nicht-sofort verteidigen-Müssen“ veranlassen die/den Zuhörende/-n, sich verstärkt auf das zu konzentrieren, was wirklich gesagt wird. Nachfragen und Anmerkungen müssen vom Zuhörenden zunächst zurückgehalten werden. Diese Art von Gesprächsführung leitet über zu einer deutlichen Entspannung des Paares.

Die Kindesmutter schildert außerdem, dass inzwischen auch der ältere Sohn belastet sei und depressiv wirke. Er habe immer öfter körperliche Symptome wie Bauch- und Kopfschmerzen und schlafe unheimlich viel. Neben regelmäßigen Paargesprächen wird somit auch dem Sohn ein Einzeltermin angeboten. Seine Mutter kann ihn überzeugen, mit zur Beratungsstelle zu kommen.

Nach seinen Ressourcen gefragt, gibt der Sohn an, gerne mit seinen Freunden draußen zu sein. Zu zeichnen würde ihn ebenfalls entspannen, genauso wie Musik hören. Er fühlt sich momentan belastet durch die ständigen Streitereien zu Hause. Wenn der Vater laut wird, hat er das Gefühl, seine Mutter beschützen zu müssen. Gleichzeitig traut er sich nicht, gegen den Vater etwas zu sagen. Im therapeutischen Raum darf der Junge seine gesamte Wut auf die Situation rauslassen, ohne dass ihm Konsequenzen drohen.

Er wird bestärkt darin, sich von den Themen seiner Eltern abzugrenzen und sich wieder mehr auf sich zu konzentrieren. Binnen dreier Gespräche stellt sich eine deutliche Verbesserung seiner Symptomatik ein.

Statistische Angaben

Angaben	Böhl- Iggelheim	Maxdorf
Anzahl der Kunden	118 (2022: 73)	100 (2022: 112)
Männlich / Weiblich	72 (2022: 46)	45 (2022: 55)
Anzahl der Kontakte	436 (2022: 284)	505 (2022: 451)

Familienstand	Böhl- Iggelheim	Maxdorf
Ledig	66	32
Verheiratet	36	51
Geschieden	10	2
Getrennt lebend	4	3
Eheähnliche Gemeinschaft	0	3
Verwitwet	1	3
Keine Angaben	1	6

Alter	Böhl- Iggelheim	Maxdorf
Unter 18 Jahren	2	1
18 bis 25 Jahren	16	10
26 bis 40 Jahren	56	43
41 bis 65 Jahre	32	31
Über 65 Jahren	10	5
Ohne Angabe	2	10

Problemarten*	Böhl- Iggelheim	Maxdorf
SGB Rechtsfragen	117	290
Finanzielle Probleme	191	236
Sonstige Rechtsfragen	124	232
Wohnungssuche	29	35
Konflikte Familie, Partner, Kinder, Umfeld	13	11
Psychische Probleme	10	13
Gesundheitliche Probleme	46	45
Straffälligkeit	8	4
Suchtprobleme	1	9

*Mehrfachnennungen sind möglich

Hilfen*	Böhl- Iggelheim	Maxdorf
Rechtshilfe Behörde	1	4
Beratung / Hilfe zur Rechtsdurchsetzung	7	13
Finanzielle / materielle Hilfe	8	9
Wirtschaftliche Beratung	141	152
Informationsvermittlung	410	455
Clearing	241	262
Krisenintervention	25	23
Sozialberatung	230	477
Vermittlung Fachdienst	10	39
Sonstiges – Schriftsätze	2	0

*Mehrfachnennungen sind möglich

Entwicklungen, Tendenzen und Perspektiven

Die Familienbüros in Böhl-Iggelheim und Maxdorf bleiben weiterhin stark frequentierte Anlaufstellen für Menschen mit vielfältigen Unterstützungsbedarfen. Die niedrighschwelligigen Hilfen, die in die örtlichen Verwaltungen integriert sind, erleben eine konstant hohe Auslastung. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Unterstützung von Menschen mit Migrationshinter-

grund beim Anknüpfen an die Sozialsysteme. Insbesondere im Jahr 2023 rückt die Betreuung von Geflüchteten aus der Ukraine in den Vordergrund. Die Familienbüros leisten hier einen entscheidenden Beitrag, indem sie den Zugang zu den sozialen Strukturen erleichtern und die Integration in die lokale Gemeinschaft fördern.

Familienbüro Böhl-Iggelheim

Aufgrund gestiegener Neuzuweisungen aus den Erstaufnahmeeinrichtungen hat sich der Bedarf an Beratung im Familienbüro deutlich erhöht. Hausbesuche in der Flüchtlingsunterkunft in der Lindenstraße sind weiterhin notwendig, allerdings gestaltet sich die Beratung vor Ort aufgrund räumlicher Einschränkungen schwierig. Dennoch bleibt das Ziel, ein niedrigschwelliges Angebot bezüglich aufenthalts- und sozialrechtlicher Angelegenheiten für die Bewohner zu schaffen. Für geflüchtete Menschen aus der Ukraine wurden Treffen zwischen Ehrenamtlichen und privaten Haushalten arrangiert. Trotz einiger Einschränkungen bei ehrenamtlichen Helfer*innen konnte ein Arbeitskreis Asyl ins Leben gerufen werden. Die meisten ukrainischen Menschen sind nun entweder erwerbstätig oder nehmen an Integrationskursen teil. Die Zusammenarbeit zwischen dem Familienbüro, dem Sozialamt und den Ehrenamtlichen wurde intensiviert. Ein besonderes Hindernis stellt jedoch der nachwirkende Hacker-Angriff auf die Kreisverwaltung des Rhein-Pfalz-Kreises dar, der die Kommunikation mit ansässigen Behörden massiv einschränkte.

Der anhaltenden Wohnungsnot wird durch die Planung einer Containeranlage für rund 100 Schutzsuchende in Böhl-Iggelheim entgegengewirkt, die im ersten Halbjahr 2024 bereitstehen soll. Die zunehmende Inflation und die steigenden Energiepreise belasten viele Menschen, was zu einer vermehrten Anfrage nach Unterstützung bei Antragsstellungen auf Wohngeld, Grundsicherung und Kinderzuschüssen führt.



Ein Fallbeispiel aus Böhl-Iggelheim:

Eine junge Ukrainerin, die regelmäßig das Familienbüro aufsuchte, sah sich nach dem Nachzug ihres erwerbstätigen Lebensgefährten mit wegfallenden Leistungen seitens des Jobcenters konfrontiert. Aufgrund des Einkommens ihres Freundes waren die beiden knapp über der Bedarfsgrenze. Das Familienbüro half bei der Antragstellung für die Kostenübernahme der Krankenversicherungsbeiträge beim Sozialamt. Da sie aufgrund ihres Alters keinen Anspruch auf Grundsicherungsleistungen hatte, war

die Kundin vorübergehend vom Einkommen ihres Lebensgefährten abhängig. Nachdem der Antrag auf Kostenübernahme der KV-Beiträge bewilligt wurde, half das Familienbüro beim Beantragen von vorrangigen Leistungen wie Wohngeld. Als die Frau schwanger wurde, unterstützte das Familienbüro erneut bei der Antragsstellung für Bürgergeld und die Kommunikation mit verschiedenen Behörden. Die junge Frau erhält nun Bürgergeld vom Jobcenter, das auch ihre monatlichen KV-Beiträge übernimmt.

Familienbüro Maxdorf

Familienpaten, Kitas, Hebammen und die Fachstelle EUTB zusammenbrachte, wurde in enger Zusammenarbeit mit dem Planungsteam der Verbandsgemeinde vom Familienbüro organisiert. Eine wertvolle Gelegenheit für junge Eltern, auf eine breite Unterstützung und Informationen zurückzugreifen.

Während der Sommerferien initiierte das Familienbüro eine offene Kreativwerkstatt im Haus der Begegnung in Maxdorf. In Zusammenarbeit mit einer ehrenamtlichen Ergotherapeutin konnten 10 bis 12 Grundschul Kinder mit Migrations- und Fluchthintergrund an zwei Donnerstagen an dem Projekt teilnehmen.

Die Netzwerkarbeit und Erweiterung der ländlichen sozialen Infrastruktur standen im Fokus der Aktivitäten. Regelmäßige Netzwerk- und Kooperationsgespräche wurden mit externen Fachstellen und Ehrenamtlichen geführt, darunter KITA Löwenherz, EUTB, Pflegestützpunkt, Seniorenbeirat, Asylrundtisch und Gemeindegewerkschaft. Die Zusammenarbeit mit der Netzwerkhilfe, einem engagierten ehrenamtlichen Verein, wurde weiter intensiviert.

Ein Schulungsmodul für Ehrenamtliche im Jahr 2024 wird vorbereitet, wobei das Familienbüro eine präsentische Unterstützung und Beratung im Rahmen des Projekts „Formularhilfe“ anstrebt.

Die Beratungsangebote des Familienbüros richten sich an alle Einwohner*innen der Verbandsgemeinde, wobei jedoch Menschen mit Migrations- und Fluchthintergrund überwiegend von den Dienstleistungen profitieren. Die inhaltlichen Schwerpunkte umfassen

allgemeine sozialrechtliche Themen sowie spezifische Angelegenheiten zur Erstintegration. Dazu gehören die Beantragung oder Verlängerung des Aufenthalts, Anmeldung zu Sprachkursen, Informationen zur Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen, Anmeldung in Kindergärten und Schulen sowie alltagspraktische Aufgaben wie beispielsweise die Eröffnung eines Girokontos oder die Suche nach einer Arztpraxis. Im September stellte die Verbandsgemeinde die erste Sammelunterkunft mit einer Containeranlage für alleinstehende Männer in der Hauptstraße 79 a auf. Das Familienbüro, vertreten durch Nick Lukomski, bietet vor Ort Gespräche, wichtige Informationen und Beantwortung von Fragen an.



Ein Fallbeispiel aus dem Familienbüro Maxdorf:

Eine syrische Familienmutter wandte sich an das Familienbüro in Maxdorf bezüglich einer Aufforderung zur Mitwirkung des Jobcenters. Nach Überprüfung der eingereichten Lohnabrechnungen ihres Ehemannes wurde ihr geraten, vorrangige Leistungen wie Wohngeld und Kinderzuschlag zu beantragen. Aufgrund der kaum vorhandenen Deutschkenntnisse erhielt sie Unterstützung bei der Beantragung dieser Leistungen. Kurz darauf stellte sie jedoch fest, dass die Leistungen seitens des Jobcenters bereits

eingestellt wurden. Das Familienbüro half ihr beim Einlegen eines Widerspruchs und klärte die Situation mit dem Jobcenter. Dem Widerspruch wurde zugestimmt, der Bescheid zugunsten der Familie aufgehoben. Die Familie erhält nun wieder Bürgergeld, bis die vorrangigen Leistungen bewilligt werden. Das Familienbüro unterstützte die Familie auch bei der Beantragung einer kostenfreien Familienversicherung bei der Krankenversicherung des erwerbstätigen Ehemannes, um künftige Kosten zu vermeiden.

Entwicklungen, Tendenzen und Perspektiven

Der Schwerpunkt „Engagementförderung“ rückt im Arbeitsfeld Gemeindecaritas stärker in den Mittelpunkt. Eine Fortbildung zur Ehrenamtskoordination in der ersten Jahreshälfte hat den Blick auf das moderne Ehrenamt gelenkt, das auch in Zukunft eine zentrale Rolle spielen wird. Die Einrichtung einer Ehrenamtsplattform auf Verbandsebene und die verstärkte Internetpräsenz im Themenschwerpunkt Ehrenamt sind erste sichtbare Entwicklungen in diese Richtung.

Im Bereich der Gemeindecaritas standen im Oktober die Pfarrgremienwahlen im Fokus, an denen die Pfarreien und Ausschüsse aktiv teilnahmen. Besondere Aufmerksamkeit gilt nun der Bildung der Caritasausschüsse in den einzelnen Pfarreien, mit denen im Jahr 2024 dann Kontakt aufgenommen wird.

Verschiedene karitative Projekte wurden in Speyer und Frankenthal durchgeführt. In Speyer wurde in Zusammenarbeit zwischen der Dompfarrrei Pax Christi und dem Caritas-Zentrum das „Café der Begegnung“ für geflüchtete Menschen aus der Ukraine ins Leben gerufen, um erste Hilfestellung bei der Integration zu bieten. In Frankenthal startete der Caritasausschuss das monatliche „Café Asyl“ für Menschen mit Migrations-

hintergrund als Ort des Austauschs und Gesprächs. Im November nahm eine Gruppe von Ehrenamtlichen aus dem Dekanat Speyer am Caritas-Tag der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in St. Ingbert teil. Der Tag diente als Anerkennung und Dankeschön für ihre wertvolle Arbeit.

Des Weiteren erlebte die Regionalkonferenz, eine Zusammenkunft von Pfarreien und katholischen Einrichtungen des Dekanats, eine Wiederaufnahme mit einem besonderen Highlight: der Vorstellung der neuen Caritas-Direktorin Barbara Aßmann. Die Veranstaltung bot die Gelegenheit zu einem persönlichen Austausch und ermöglichte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, einen Einblick in die zukünftige Ausrichtung der Caritas unter der Leitung von Barbara Aßmann und Vincenz du Bellier zu erhalten.

Die Regionalkonferenz bietet Raum für einen konstruktiven Austausch und stärkt die Verbindung zwischen den verschiedenen katholischen Einrichtungen. Die Vorstellung der neuen Caritas-Direktorin trug dazu bei, eine klare Perspektive für die zukünftigen Entwicklungen und Projekte in den Diensten der Gemeinschaft zu schaffen.



Statistische Angaben für Speyer / Rhein-Pfalz-Kreis

Fälle (mind. 3 Kontakte)	102
Kurzberatung (max. 2 Kontakte)	4
Fachberatung	42
Fachberatung nach § 8a SGB VIII	18
Fachberatung für Berufsheimnisträger	13

Problemlagen	Insgesamt	Weiblich	Männlich
Körperliche Gewalt	30	21	9
Sexuelle Gewalt	41	24	17
Vernachlässigung	7	5	2
Seelische Gewalt	39	22	17

Arten von Übergriffen	
Übergriffe von Jugendlichen untereinander	0
Übergriffe von Jugendlichen an Kindern	2

Statistische Angaben Frankenthal

Fälle (mind. 3 Kontakte)	38
Kurzberatung (max. 2 Kontakte)	2
Fachberatung	6
Fachberatung nach § 8a SGB VIII	0
Fachberatung für Berufsheimnisträger	0

Problemlagen	Insgesamt	Weiblich	Männlich
Körperliche Gewalt	11	5	6
Sexuelle Gewalt	13	13	0
Vernachlässigung	1	0	1
Seelische Gewalt	26	17	9

Arten von Übergriffen	
Übergriffe von Jugendlichen untereinander	1
Übergriffe von Jugendlichen an Kindern	1

Migrationshintergrund	Insgesamt	Weiblich	Männlich
Ja	22	16	6
Nein	18	11	7

Entwicklungen, Tendenzen und Perspektiven

Im Arbeitsfeld des Kinderschutzdienstes des Caritas-Zentrums Speyer haben sich im vergangenen Jahr verschiedene Entwicklungen und Herausforderungen ergeben.

Ein auffälliger Trend zeigt sich in einem Anstieg der Anfragen aus Schulen. Dies verdeutlicht nicht nur eine gesteigerte Sensibilität für das Thema Kinderschutz in Bildungseinrichtungen, sondern auch den zunehmenden Bedarf an professioneller Unterstützung für betroffene Kinder. Dabei fällt auf, dass weiterhin mehr Mädchen als Jungen von den Anfragen betroffen sind, was auf die geschlechtsspezifische Relevanz von bestimmten Themen hinweisen könnte. Besonders besorgniserregend ist der festgestellte Anstieg von Anfragen im Zusammenhang mit sexualisierter Gewalt gegenüber Kindern. Diese Entwicklung unterstreicht die Notwendigkeit einer verstärkten Sensibilisierung und Prävention, um Kinder frühzeitig zu schützen und aufzufangen.

Parallel dazu nehmen die Beraterinnen vermehrt psychische Entwicklungsstörungen bei den Kindern wahr. Die psychische Gesundheit der Kinder steht somit verstärkt im Fokus der Beratungsarbeit, und das Team des Kinderschutzdienstes ist darauf bedacht, adäquate Unterstützung anzubieten.

Das Team des Kinderschutzdienstes sieht sich zudem mit personellen Herausforderungen konfrontiert, bedingt durch Vakanzen aufgrund von Mutterschutz und Elternzeit. Seit Oktober konnten jedoch alle offenen Stellen wieder erfolgreich besetzt werden, was eine positive Entwicklung für die Kontinuität und Qualität der Betreuungsarbeit darstellt. Um präventiven Maßnahmen verstärkt Raum zu geben, wurde die Präventionsarbeit im Kinderschutzdienst ausgebaut. Dies unterstreicht das Bemühen, nicht nur auf akute Problemstellungen zu reagieren, sondern auch aktiv dazu beizutragen, potenzielle Risiken zu minimieren und das Wohl der Kinder langfristig zu fördern.



Ein Fallbeispiel aus dem Kinderschutzdienst:

Maria wurde im Frühjahr 2023 vom Jugendamt im Kinderschutzdienst angemeldet. Maria war zu dem Zeitpunkt 12 Jahre alt und wurde Anfang des Jahres in Obhut genommen. Grund für die Maßnahme war, dass Maria einer Freundin von einem sexuellen Übergriff durch den Stiefvater erzählte. Des Weiteren gab es in der Familie viele Spannungen, Kommunikationsprobleme und fehlende Unterstützung, worunter Maria litt. Maria lebt mit ihrer Mutter und dem Stiefvater in einer Wohnung zusammen. Sie wurde auf ihren Wunsch hin wieder in die Familie zurückgeführt. Das Jugendamt sowie auch Maria selbst wünschten sich für die Jugendliche eine Begleitung durch den Kinderschutzdienst.

Maria kam regelmäßig alle zwei Wochen in die Beratung. Sie konnte in den Sitzungen gut ihre Gefühle und Gedanken äußern. Sie gewann schnell Vertrauen zu der Beraterin. Auch gab es ein Kennenlernen zwischen der Mutter und der Beraterin. Maria stand zu dem Zeitpunkt im Konflikt, ob es richtig war, sich damals Hilfe zu holen. Sie wirkte sehr verunsichert, wie sie sich zu Hause verhalten sollte. Die Stimmung sei angespannt und die Mutter soll ihr nicht geglaubt haben. Maria wurde darin bestärkt, dass es richtig war, sich jemandem anvertraut zu haben. Des Weiteren wurde mit ihr thematisiert, dass es niemals ihre Schuld war, was ihr passierte, und dass ihr geglaubt wird. Themen, die mit Maria besprochen wurden, waren unter anderem Ressourcen und Schutz, eigene Rechte und die Stärkung des Selbstvertrauens.

Kurz nach der Anbindung an den Kinderschutzdienst erfolgte auch die Installation einer Familienhilfe. Es wurde mit der Familienhilfe kooperiert und sich regelmäßig im Einverständnis von Maria und der Mutter über aktuelle Ereignisse ausgetauscht.

Mit der Zeit wurde das Thema „eigene Bedürfnisse“ für Maria immer bedeutsamer. Maria fiel es schwer, ihre Bedürfnisse und Wünsche gegenüber der Mutter und dem Stiefvater zu äußern. Angst vor möglichen Konflikten hielten sie davon ab, was in ihr Unzufriedenheit auslöste. Während die Mutter mehr Zeit mit Maria verbringen wollte, um ihre Beziehung zu stärken, wünschte sich Maria mehr Zeit für sich selbst

und mit ihren Freunden. Hier zeigte sich die Zusammenarbeit mit der Familienhilfe als sehr sinnvoll, um gemeinsam mit dem gesamten System an der Thematik zu arbeiten. Maria wurde darin bestärkt, ihre Bedürfnisse ernst zu nehmen. In den Sitzungen wurde mit ihr besprochen, wie sie diese formulieren könne. Zu Hause wurden dann von der Familienhilfe Gesprächskreise installiert, welche Maria einen Raum ermöglichten, ihre Anliegen offen anzusprechen.

So gelang es der Familie, mit Unterstützung eine bessere Kommunikationsstruktur zu erarbeiten. Es ließen sich Missverständnisse abbauen sowie mehr Verständnis für die jeweilige Situation des anderen aufbauen. Auch wurde der einmalige Übergriff angesprochen und für Maria angemessen geklärt. Das Verhältnis zwischen ihr und dem Stiefvater verbesserte sich. Sie konnte sich wieder wohler in seiner Anwesenheit fühlen. Maria hat keine Angst vor einem erneuten Übergriff.

Während des Beratungszeitraums begann Maria eine Psychotherapie, in der sie sich jedoch nicht wohlfühlte und diese wieder beendete. Sie fühlte sich mit den bestehenden Hilfsangeboten gut und ausreichend versorgt. Die Familienhilfe konnte im Herbst beendet werden. In ihrer Schulsozialarbeiterin hat Maria eine zusätzliche Vertraute gefunden.

Die Beraterin des Kinderschutzdienstes konnte zu Maria eine vertrauensvolle und zugleich wertschätzende Beziehung aufbauen. Die Jugendliche bestimmt die Inhalte der Beratung. So erlebte die zum Zeitpunkt des Übergriffes handlungsunmündige „fast Jugendliche“ sich heute kompetent und selbstwirksam.

Aktuell beschäftigt sich die mittlerweile 13-Jährige viel mit Themen wie Schule, Freundschaften und erste Beziehungen zu Jungen, die sie ebenfalls in den Beratungsstunden bespricht. Zu Hause fühle sie sich wieder wohl. Sie hat auch das Tagebuchschreiben für sich entdeckt, was ihr hilft, ihre Gedanken zu sortieren und den Blick auf sich selbst, ihre Wünsche und Bedürfnisse nicht zu verlieren. Die Beratung im Kinderschutzdienst möchte sie weiter annehmen und kommt zuverlässig zu den vereinbarten Stunden.

Entwicklungen, Tendenzen und Perspektiven

Die Kitasozialraumarbeit (KiSa) im Caritas-Zentrum Speyer entwickelt sich zu einem ökumenischen Vorzeigeprojekt, das sich erfolgreich etabliert und als wichtige Unterstützung für Eltern, Erzieherinnen sowie Kita-Leitungen erweist. Die festen Strukturen der Berater*innen, die sich sozialräumlich mit den Eltern und Erzieher*innen vernetzen, werden positiv aufgenommen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der Arbeit mit den Eltern, die bei sozialen und erzieherischen Fragestellungen auf Augenhöhe unterstützt werden. Hierbei werden nicht nur Problemfelder aufgezeigt, sondern auch konkrete Lösungswege gemeinsam erarbeitet. Diese praxisnahe Unterstützung erleichtert den Eltern den Zugang zu weiteren Unterstützungsangeboten und trägt zur Stärkung der Erziehungskompetenzen bei. Die Berater*innen stehen als vertrauensvolle Ansprechpartner zur Verfügung und bieten eine unterstützende Hand in herausfordernden Lebenssituationen.

Die Fachberatung erstreckt sich sowohl auf Kita-Leitungen als auch auf Erzieher*innen. In enger Zusammenarbeit werden pädagogische Konzepte reflektiert, neue Impulse gesetzt und wird gemeinsam an der Weiterentwicklung der Einrichtungen gearbeitet.

Durchführung präventiver Angebote wie das Projekt „Kinder stark machen“ sowie thematischer Angebote und Veranstaltungen für Familien, beispielsweise Spielplatztreffs und Elterncafés, ergänzen die vielfältigen Aktivitäten der Kitasozialraumarbeit. Die aktive Teilnahme und Beteiligung an Elternausschüssen, Elternabenden und Kita-Festen sowie die Vernetzung im Sozialraum, beispielsweise mit dem Familienzentrum K.E.K.S., Vereinen und anderen Institutionen, unterstreichen die engagierte Netzwerkarbeit der Kitasozialraumarbeit im Caritas-Zentrum Speyer.

Ein weiterer wichtiger Baustein der Kitasozialraumarbeit ist die Hilfe bei der Antragstellung, beispielsweise von Wohngeld, Bürgergeld oder Kinderzuschlag. Die Berater*innen begleiten die Eltern durch den bürokratischen Prozess, erleichtern den Zugang zu staatlichen Leistungen und tragen somit dazu bei, soziale Hürden abzubauen. Insgesamt zeigt die Kitasozialraumarbeit im Caritas-Zentrum Speyer, dass durch gezielte und praxisnahe Unterstützung in den Kitas eine positive Entwicklung im sozialen und erzieherischen Bereich erzielt werden kann. Das ökumenische Projekt erweist sich als wertvolle Ressource für den gesamten Sozialraum, in dem die Familien leben.



Ein Fallbeispiel aus der Kitasozialraumarbeit:

Frau A. lebt mit ihren Söhnen S. (8 Jahre) und L. (5 Jahre) in Speyer-Nord. S. besucht die 2. Klasse der Grundschule, und L. besucht den Kindergarten. L. ist ein Vorschulkind und soll im Sommer eingeschult werden. Die Erzieherinnen der Kita suchten das Gespräch mit der KiSa, da bei L. eine soziale Ängstlichkeit diagnostiziert wurde und er regelmäßig in der Kita einnässt (mehrmals am Tag). Daraufhin vereinbarten die Erzieherinnen ein Gespräch mit der Mutter und der KiSa, um zu besprechen, wie die Familie unterstützt werden kann.

Im Gespräch schilderte die Mutter, dass sie auch Sorgen habe und nicht weiterwisse. Die KiSa bot ihr an, einen Termin mit der Schulleitung und der Schulsozialarbeiterin zu vereinbaren, um gemeinsam die aktuelle Situation zu besprechen. Die KiSa

begleitete die Mutter zum Termin in der Schule. Die Schulleitung beschrieb, dass es sehr schwierig sei, L. während der Schulzeit umzuziehen, falls er sich einnässe. Die Lehrerin ist mit den Schülern allein in der Klasse, und die Duschen befinden sich in den Umkleidekabinen der Sporthalle. Es gäbe die Möglichkeit einer Rückstellung. Die Voraussetzung hierfür ist allerdings der weitere Besuch einer Kita oder die Aufnahme im Schulkindergarten.

Nach einem Gespräch mit der Leitung der Kita entschied sich die Mutter für eine Rückstellung und den weiteren Besuch in der Kita. Die KiSa vereinbarte weitere Gesprächstermine mit der Mutter und begleitete sie zum Jugendamt, um sie bei der Beantragung einer Integrationskraft zu unterstützen und einen geeigneten Therapieplatz für L. zu finden.

Migration und Integration

Statistische Angaben

Migrationsfachdienst Nördlicher Rhein-Pfalz-Kreis

Anzahl der Beratungen	85
Weiblich	22
Männlich	63

Alter	
Unter 27 Jahre	7
27 bis 65 Jahre	33
Über 65 Jahre	1
Ohne Angabe	44

Hauptherkunftsländer	
Afghanistan	14
Syrien	7
Afrikanische Staaten	4
Pakistan	3
Ohne Angabe	57

Häufigste Hilfearten	
Asylverfahren	11
Soziale Leistungen	11
Schule / Ausbildung / Beruf	10
Wohnungsfragen	10
Sonst. Aufenthaltsrecht	8
Ehe / Familie / Erziehung	5
Gesundheit	4
Sprachförderung	4
Arbeitsmarktintegration	4
Wirtschaftliche Fragen / Verschuldung	4
Familiennachzug	2
Diskriminierung / LSBTQ	2

Projekt	Teilnehmer	Anzahl der Termine	Kontakte
Integrationskurse	51	150	612
Alphabetisierungskurs	18	68	272
Vorbereitungskurs	24	42	75

AFA Speyer

Anzahl der Beratungen	
Erstberatungen	783
Folgeberatungen	1.350
Kurzberatung (unter 15 Minuten)	1.721

Alter	
Unter 27 Jahre	351
27 bis 65 Jahre	423
Über 65 Jahre	9

Geschlecht	Neuaufnahmen
Männlich	606
Weiblich	173
Divers	4

Häufigste Hauptherkunftsländer	
Afghanistan	159
Syrien	140
Ägypten	123
Türkei	95

Häufigste Hilfearten – Verfahrensberatung*	
Asylverfahren – vor BAMF-Entscheidung	840
Beratung mit Dublin-III-Bezug	434
Asylverfahren – nach BAMF-Entscheidung	236
Familiennachzug	50

*Mehrfachnennungen sind möglich

Häufigste Hilfearten – Sozialberatung*	
Orientierungshilfe in Bezug auf Behörden	733
Transferberatung	488
Gesundheit / Behinderung	258
Wirtschaftliche Fragestellungen (z. B. Schuldnerproblematik)	185
Sprachförderung	162
Psychische Problematiken	86
Arbeitsmarktintegration / Beruf / Anerkennung ausl. Qualifikation	79
Ehe / Familie / Erziehung	62
Opfer von Folter, Vergewaltigung oder sonstiger Formen psychischer, physischer oder sexueller Gewalt	40

*Mehrfachnennungen sind möglich

Entwicklungen, Tendenzen und Perspektiven

Migrationsfachdienst Nördlicher Rhein-Pfalz-Kreis

Der Migrationsfachdienst berät Menschen mit und ohne Aufenthaltstitel aus dem nördlichen Rhein-Pfalz-Kreis. Der Schwerpunkt des Migrationsfachdienstes liegt in der Beratung zu aufenthalts- und sozialrechtlichen Fragen. Hierzu zählen beispielsweise die Erklärung von Briefen, die Erklärung und Hilfe beim Ausfüllen von Formularen, die Unterstützung beim Finden von Angeboten, die den Spracherwerb ermöglichen, sowie Hilfe bei der Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche oder auch die Anerkennung ausländischer Schul- und Bildungsabschlüsse.

Ebenso geht es oft um Fragen der Wohnungssuche sowie um Schwierigkeiten, die durch das Leben in den Gemeinschaftsunterkünften auftreten, oft verbunden mit psychischen Problemen.

Die meisten Kund*innen kamen aus Afghanistan und Syrien, vereinzelt auch aus anderen Drittstaaten sowie aus der EU.

Bei der Kommunikation mit der Ausländerbehörde des Rhein-Pfalz-Kreises mussten im Jahr 2023 immer noch große Einschränkungen aufgrund des erfolgten Hackerangriffes auf die Kreisverwaltung bewältigt werden. Es konnten daher auch viele Dokumente, die Kund*innen erneut benötigt hätten, nicht mehr ausgestellt werden, und die Anliegen der Kund*innen konnten lange Zeit gar nicht und im Anschluss nur sehr schleppend bearbeitet werden. Statt der benötigten Aufenthaltstitel konnte den Kund*innen z. B. nur eine Fiktionsbescheinigung ausgestellt werden, was in einigen Fällen zu Schwierigkeiten mit anderen Behörden wie etwa dem Jobcenter führte, da dieses die Bescheinigung nicht anerkennen wollte.

Zu Beginn des Jahres 2023 kamen vermehrt Kund*innen in die Beratung, die bereits seit einigen Jahren in Deutschland lebten. Hier wurden oftmals sozialrechtliche Fragen oder Fragen zur Aufenthaltsverfestigung bearbeitet. Da Anfang des Jahres 2023 das Chancen-Aufenthaltsrecht in Kraft getreten war, gab es zu diesem Thema zunächst eine erhöhte Nachfrage, die im weiteren Verlauf wieder abflachte. Das Thema Familiennachzug tauchte in der Beratung gelegentlich auf. Weiterhin waren finanzielle Nöte der Kund*innen Thema in den Beratungen.

Zum Ende des Jahres kamen vermehrt Kund*innen in die Beratungsstelle, die sich noch im Asylverfahren befanden und dazu oder auch allgemein zum Leben in Deutschland Fragen hatten. Hier gab es vermehrt Schwierigkeiten mit der Verständigung, da diese Personen in der Regel der deutschen Sprache noch nicht mächtig waren und des Öfteren auch die englische Sprache nicht beherrschten.

Durch die Verschiebung des Beratungsschwerpunktes gegen Ende des Jahres in Richtung Verfahrensberatung waren teilweise komplexe Rechtskenntnisse über asylrelevante Themen und Fragestellungen notwendig, die intern in Kooperation bearbeitet wurden. Auch die Kontaktmöglichkeit zum Vertragsanwalt der Caritas stellte hier eine große Hilfe dar. Austauschtreffen mit den Netzwerkpartnern des nördlichen Rhein-Pfalz-Kreises fanden wieder regelmäßig und in Präsenz statt. Es wurde hier beispielsweise ein gemeinsamer Flyer entwickelt, um potenziellen Kund*innen einen Überblick über die Zuständigkeit aller Migrationsberatungsstellen im Rhein-Pfalz-Kreis zu geben.

Asyl- und Verfahrensberatung

Die unabhängige Sozial- und Verfahrensberatung in der Landeserstaufnahmeeinrichtung in Speyer sah sich im vergangenen Jahr vor wichtige Entwicklungen und Herausforderungen gestellt. Ein zentraler Schwerpunkt der Beratungsarbeit liegt in der Aufklärung über Rechte und Pflichten im Asylverfahren. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter setzten sich intensiv dafür ein, Asylsuchenden eine umfassende Orientierung über den Ablauf und die rechtlichen Rahmenbedingungen des Asylverfahrens zu vermitteln. Besonders groß war die Nachfrage nach Informationen zur Dublin-Verordnung, was die Bedeutung und die Komplexität dieses rechtlichen Instruments unterstreicht.

Ein besorgniserregender Fakt ist die hohe Anzahl von Menschen, die in der Beratung von Gewalt- und Foltererfahrungen berichteten. Die Beraterinnen und Berater stehen vor der Herausforderung, diesen be-

sonders schutzbedürftigen Personen angemessene Unterstützung zukommen zu lassen und sie auf ihrem Weg durch das Asylverfahren zu begleiten. Ebenso begegnen sie vielen Opfern von Menschenhandel und sexuellem Missbrauch, die auf der Suche nach Schutz und Sicherheit nach Deutschland gekommen sind.

Neben den rechtlichen Belangen tauchen zahlreiche alltagspraktische Fragen auf, die das Leben in Deutschland betreffen. Die Beratung umfasst daher nicht nur die juristische Dimension, sondern auch praktische Themen wie Wohnen, Arbeit und soziale Integration. Ein weiteres beobachtetes Phänomen ist die Erfahrung von Ungleichbehandlungen verschiedener Herkunftsgruppen. Die Beraterinnen und Berater setzen sich aktiv gegen Diskriminierung ein und streben eine faire und gleichberechtigte Beratung für alle Ratsuchenden an, unabhängig von ihrer Herkunft.



Ein Fallbeispiel aus der Landeserstaufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende Speyer:

Eine junge Familie mit zwei minderjährigen Kindern (eine Tochter, 5 Jahre, und ein Sohn, 2 Jahre alt) aus Syrien reiste im Januar 2023 in Deutschland ein und wurde am 12. Januar 2023 bei der ADD (Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion) als asylsuchend registriert. Jedes Mitglied der vierköpfigen Familie erhielt einen Ausweis (Ankunftsnachweis) und einen Bewohnerausweis (ID-Karte).

Einige Wochen später, etwa Mitte Februar, hatten sie dann ihren ersten Termin zur Aktenlage beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Dort wurden beide Elternteile einzeln eingeladen, eine Akte wurde erstellt und unter anderem wurden viele Fragen zur Person und zum Reiseweg gestellt. Dabei erfuhr das Bundesamt von den Elternteilen, dass sie vor Deutschland auch noch in anderen europäischen Ländern („Dublin-Raum“) waren und in Italien Fingerabdrücke hinterlassen haben („registriert wurden“).

Dies nahm das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zum Anlass (der Dublin-III- Verordnung entsprechend), Italien um die Rücknahme der Familie zu bitten, da diese dort im „Dublin-Raum“ zuerst eingereist und registriert worden war.

Zuvor überprüfte das BAMF die Angaben der Familie und fand im EURODAC-System (für die Speicherung von Fingerabdrücken für europäische Länder, welche die Verordnung unterzeichnet haben) heraus, dass die Angaben der Familie mit der Speicherung übereinstimmten.

Die Behörden in Italien reagierten nicht auf die Anfrage von Deutschland. Italien hätte der Rücknahme zustimmen, diese verneinen oder sich enthalten können. Somit wurde Italien zum Ablauf der Frist zur Antwort (=Zustimmungsfiktion) am 17. April 2023 für das Asylverfahren zuständig. Es wurde

ein Dublin-Bescheid erlassen und der Familie zugestellt.

Diese war zunächst überfordert und wusste nicht, wie sie darauf reagieren sollte, zumal die Frist für eine Klage wie üblich nur eine Woche nach Erhalt/Zustellung beträgt. Die Eltern machten sich große Sorgen um sich und die Kinder, da sie nicht wussten, ob sie von dort aus nach Syrien abgeschoben würden.

Nach mehreren Beratungsgesprächen und Überlegungen entschied sich die Familie, nicht zu klagen und die sechsmonatige Überstellungsfrist ab Zustimmung des Landes bzw. in diesem Fall Fristablauf wie bei Dublin-Fällen üblich, abzuwarten, zu hoffen und zu bangen, dass sie nach dieser Frist noch in Deutschland sind. Diese Zeit stellte sich für die Familie als sehr belastend da und sie fragten auch mehrfach bei uns nach, ob es nicht doch noch andere Möglichkeiten und Lösungen gäbe. Leider konnten wir ihnen aber lediglich ein offenes Ohr, Mitgefühl und Zeit anbieten.

Auch nach einem Transfer („Umzug in eine andere Kommune“) am 18. Juli 2023 war die Angst nicht verschwunden, da auch danach bis zum 17. Oktober 2023 (= 6 Monate) die Überstellungsfrist nicht abgelaufen war und bis dahin jederzeit eine Abschiebung nach Italien drohen könnte. Dennoch suchten sie ein letztes Mal die Beratung auf. Sie erhielten einige Kontaktstellen und Informationen zum neuen Wohnort Worms und wurden darauf hingewiesen, dass nach Ablauf der letzten verbleibenden 3 Monate (sollten sie nicht abtauchen, dann Erhöhung auf 18 Monate) ein Wiederaufnahmeverfahren eingeleitet wird, solange sie nicht abgeschoben wurden, und dann weitere Hilfe bei der Caritas in Worms dafür erhalten können.

Schwangerschaftsberatung wird sowohl in Speyer als auch in Frankenthal angeboten. Es wurden im Jahr 2023 insgesamt 158 Kundinnen beraten. Die Gesamtzahl der Beratungskontakte lag bei 578.

Statistische Angaben

	Speyer	Frankenthal
Erstberatungen	68	50
Weiterberatung von Kundinnen, aus den Vorjahren bis 2020	32	8
Kundinnen insgesamt	100	58

Alter	Speyer	Frankenthal
Minderjährige	1	0
18 bis 19 Jahre	4	1
20 bis 24 Jahre	20	8
25 bis 29 Jahre	35	16
30 bis 39 Jahre	37	26
40 Jahre und älter	3	7

Staatsangehörigkeit	Speyer	Frankenthal
Deutsch	43	19
Türkisch	4	3
EU-Staaten	18	4
Ost-Europäische Staaten	9	13
Nicht-Europäisches Ausland	20	19
Keine Angaben	6	0

Einkommenssituation	Speyer	Frankenthal
Erwerbstätigkeit unselbständig	33	15
Erwerbstätigkeit selbständig	3	0
ALG I	4	1
ALG II	28	18
AsylbLG	3	1
SGB XII – Sozialhilfe	0	3
Wohngeld	1	6
Kindergeld	40	35
Kinderzuschlag	1	6
Elterngeld	4	4
BaföG	0	1
Rente	1	1
Unterhalt	4	5
Leistungen Krankenversicherung	1	1

*Mehrfachnennungen sind möglich

Entwicklungen, Tendenzen und Perspektiven

Die Schwangerschaftsberatung im Caritas-Zentrum Speyer verzeichnete im Jahr 2023 eine verstärkte Nachfrage, vor allem von Frauen, die sich in unterschiedlichen Phasen ihrer Schwangerschaft befanden. Neben werdenden Müttern suchten auch Frauen nach der Geburt ihres Kindes sowie in vereinzelt Fällen Paare in Konfliktschwangerschaften die Beratung auf.

Ein zentrales Anliegen der Ratsuchenden war die finanzielle Unterstützung während der Schwangerschaft einschließlich finanzieller Beihilfen und Babyausstattung. Ebenso spielte die Existenzsicherung der Familie eine entscheidende Rolle. In diesem Zusammenhang wurden Informationen zu und teilweise Beantragungen von Sozialtransfers wie Wohngeld, Kindergeld, Kinderzuschlag, Elterngeld, Unterhaltsvorschuss und Bürgergeld durchgeführt.

Im Jahr 2023 wurden 35 Anträge an die Stiftung Mutter und Kind gestellt, davon wurden 28 mit einem Gesamtvolumen von 35.162 Euro bewilligt. Aus dem Diözesanen Hilfsfond wurden 660 Euro ausbezahlt.

Die Beratungsgespräche behandelten darüber hinaus Ansprüche im Bereich Gesundheitshilfe, insbesondere im Hinblick auf Vorsorgeuntersuchungen und Hebammenbetreuung. Es fiel auf, dass viele Frauen aufgrund eines ausgedünnten Angebots erst nach der

Geburt angemessene Hebammenbetreuung erhielten, was zu unzureichender Gesundheitshilfe während der Schwangerschaft führte.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf dem Übergang in die Elternschaft inklusive der Vermittlung in Hilfesysteme wie Mutter-Vater-Kind-Gruppen und die frühen Hilfen. Die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit, insbesondere angesichts von Mangel an Kita- und Krippenplätzen, war ein bedeutendes Thema. Viele Kleinkinder erhielten erst spät einen Betreuungsplatz, was zu Herausforderungen für berufstätige Eltern führte.

Finanzielle und existenzielle Benachteiligungen als Folge der Schwangerschaft waren ebenfalls häufige Anliegen der Ratsuchenden. Dies betraf beispielsweise Frauen mit befristeten Verträgen, die während der Schwangerschaft endeten, oder berufstätige Schwangere, die in der Elternzeit finanzielle Einbußen hinnehmen mussten. Besonders Alleinerziehende waren von diesen Herausforderungen stark betroffen.

Trennungen in der Schwangerschaft, unsichere Partnerbeziehungen und die Gestaltung des Lebens mit dem Kind bei getrenntem Wohnen waren weitere häufig behandelte Themen. In der Beratung wurden zudem Fragen zu Mutterschutzrechten, Arbeitnehmerrechten von Schwangeren sowie zur Gestaltung und Aufteilung der Elternzeiten besprochen.

Schwangerschaftsberatung Frankenthal

Die Schwangerschaftsberatung in der Außenstelle Frankenthal erreichte Frauen aus vielen unterschiedlichen Kulturkreisen, darunter beispielsweise Europa, osteuropäische Staaten, die Türkei sowie nichteuropäische Länder. Die oft vorhandene Sprachbarriere führt teilweise zu erschwerten Bedingungen in der Beratung, insbesondere wenn es um sensible Themen ging und kein Dolmetscher zur Verfügung stand.

Es ist ein Anstieg der Frauen mit einer osteuropäischen Staatsangehörigkeit, unter anderem aus der Ukraine (nicht EU) zu verzeichnen. Oftmals sind die Männer und Väter der Frauen und Kinder, die aus der Ukraine kommen, noch in ihrem Heimatland, um im Krieg zu kämpfen. Dies ist eine zusätzliche psychische Belastung für die Frauen, die meist mit ihren Kindern allein nach Deutschland kommen.

Neben der Klärung von sozialrechtlichen Ansprüchen liegt ein Schwerpunkt der Beratung in der Aufklärung

darüber, welche Möglichkeiten es hier in Deutschland beispielsweise durch die Betreuung einer Hebamme gibt. Auffällig ist, dass die Frauen vermehrt keine Wochenbettbetreuung durch eine Hebamme haben. Für die Frauen ist es meist schwer, eine Hebamme zu finden, wenn die Schwangerschaft bereits fortgeschritten ist.

Aufgrund des Renteneintritts der langjährigen Beraterin war die Schwangerschaftsberatungsstelle etwa 6 Wochen vakant. Seit Mitte Oktober ist sie nun wieder durch eine Mitarbeiterin besetzt. Aufgrund des Beraterinnenwechsels werden Netzwerk- und Kooperationspartner noch einmal über das bestehende Angebot der Schwangerenberatungsstelle in Frankenthal informiert. Insbesondere Hebammen und Gynäkolog*innen sollen angeschrieben werden.

Die Netzwerkarbeit bleibt ein wichtiger Aspekt und soll weiter vertieft werden.



Ein Fallbeispiel der Schwangerschaftsberatung:

Frau H. ist 25 Jahre alt und kam zusammen mit ihrem Mann im Jahr 2021 aus Moldawien nach Deutschland. Sie suchte die Schwangerschaftsberatung auf, um sich umfassend zu informieren, insbesondere hinsichtlich sozialrechtlicher Ansprüche. In der Beratung wurde deutlich, dass Frau H. bisher keinerlei Informationen über Kindergeld, Elterngeld und ergänzende Sozialleistungen erhalten hatte. Auch über die Möglichkeit des Hinzuziehens einer Hebamme war Frau H. nicht informiert.

In der Schwangerschaftsberatung wurde gemeinsam mit Frau H. die aktuelle Einkommenssituation der Familie betrachtet. Zusammen überlegten Beraterin und Kundin, welche Leistungen die Familie beantragen kann, um die angespannte finanzielle

Situation zu entlasten. Da Frau H. durch eine Hebamme nach der Geburt unterstützt werden wollte, nahm die Beraterin Kontakt mit einer Hebamme auf. Dank eines Tipps einer zuvor kontaktierten Hebamme konnte eine russisch sprechende Hebamme für Frau H. gefunden werden. Zudem stellte sie einen Antrag an die Stiftung Mutter und Kind in Mainz, der mit 700 Euro bewilligt wurde.

Im Verlauf des Beratungsprozesses verlor der Ehemann von Frau H. seine Arbeit. Die Familie erhielt weitere Unterstützung bei der Beantragung von Bürgergeld. Der Entbindungstermin ist im März 2024, und auch nach der Geburt steht die Schwangerschaftsberatung weiterhin unterstützend zur Seite.

Für die Suchtberatung für die Stadt Speyer und den Rhein-Pfalz-Kreis ist ein Team von drei Beraterinnen in Teilzeit tätig, das durch eine Ärztin und einen Lauftrainer ergänzt wird. Im Jahr 2023 wurden insgesamt 219 Menschen mit Suchtproblemen sowie Angehörige beraten bzw. behandelt.

Statistische Angaben

Anzahl der Kunden	Gesamt	Frauen	Männer	Divers
Einmaliger Kontakt	72	29	43	0
Beratung und Behandlung Mehrfachkontakt	147	88	58	1

Anlass für die Beratung	Anzahl der Personen
Eigene Problematik	180
Angehörige / Bezugsperson	39

Hauptdiagnosen	Gesamt	Frauen	Männer	Divers
Abhängigkeit von Alkohol	120	41	78	1
Abhängigkeit von illegalen Drogen	2	0	2	0
Essstörung	1	0	1	0
Nicht Abhängige (andere Symptomatik / Angehörige)	1	1	0	0

Art der Durchführung	Gesamt	Frauen	Männer	Divers
Online-Beratung	21	21	0	0
Telefonberatung	136	71	65	0
Face to face	2.254	1.162	1.052	40
Schriftverkehr	88	67	21	0
Summe der Kontakte:	2.499	1.321	1.138	40

Maßnahmen	Gesamt	Männer	Frauen	Divers
Krisenintervention und einmaliger Kontakt	72	43	29	0
Beratung und Behandlung	146	87	58	1

Entwicklungen, Tendenzen und Perspektiven

Die Suchtberatung im Caritas-Zentrum Speyer fungiert als wichtige Anlaufstelle für Menschen, die von stoffgebundener Abhängigkeit, sei es von Alkohol oder Medikamenten, betroffen sind. Das Team setzt sich intensiv dafür ein, Betroffene auf ihrem Weg zur Genesung zu unterstützen und Wege zu einem suchtfreien Leben aufzuzeigen.

Es finden nur etwa 10 % der suchtmittelabhängigen Menschen frühzeitig den Weg in das Hilfesystem. Besonders der riskante oder abhängige Konsum von Alkohol, der als Gesellschaftsdroge Nr. 1 gilt, wird selten in ärztlichen Behandlungen angesprochen.

Ein wesentlicher Aspekt der Suchtberatung liegt in der Unterstützung von Angehörigen und Arbeitgebern im Umgang mit Suchterkrankungen, insbesondere im Kon-

text der Co-Abhängigkeit. Dabei wird ein Verständnis für die komplexen Zusammenhänge von Suchtproblematiken vermittelt und es werden Wege aufgezeigt, wie das soziale Umfeld effektiv unterstützt werden kann.

Im Rahmen unserer suchtpreventiven Tätigkeiten wurden wir in den letzten Jahren verstärkt von Großbetrieben und Verwaltungen angefragt, um Veranstaltungen durchzuführen. Hierbei geht es um Schulungen für Führungskräfte mit dem Ziel, Hilfs- und Behandlungsmöglichkeiten zu kennen und frühzeitige Hilfeleistungen für betroffene Mitarbeiter*innen in Zusammenarbeit mit der Suchtberatung zu initiieren.

Ein interessanter Trend ist die steigende Nachfrage nach dem Angebot des „Kontrollierten Trinkens“. Dies verdeutlicht, dass Menschen vermehrt nach individuellen





Lösungen suchen und die Suchtberatung einen bedeutenden Beitrag dazu leistet, alternative Wege zur Kontrolle und Reduktion des Alkoholkonsums aufzuzeigen. Die Suchtberatung ist auch im Speyerer Vincentius-Krankenhaus präsent, wo Entzugsbehandlungen für Alkoholranke durchgeführt werden. In dieser kurzen, sensiblen Phase, in der Betroffene oft eher bereit sind, externe Hilfe anzunehmen, informiert die Suchtberatung über das gesamte Spektrum von Unterstützungs- und Behandlungswegen von Selbsthilfegruppen bis zur Rehabilitation.

In einer kooperativen Zusammenarbeit mit der Erziehungs-, Ehe- und Lebensberatung wird das Angebot der „Schatzinsel“ für Kinder aus suchtbelasteten Familien realisiert. Dieser geschützte Raum ermöglicht es Kindern, ihre Gefühle und Erfahrungen zu teilen und individuelle Unterstützung zu erhalten.

Die Suchtberatung im Caritas-Zentrum Speyer agiert als wichtige Ressource für Menschen in Suchtnotlagen und deren soziales Umfeld. Durch die Vielfalt der angebotenen Dienstleistungen trägt das Team dazu bei, die Lebensqualität der Betroffenen nachhaltig zu verbessern und Perspektiven für ein suchtfreies Leben zu eröffnen.

Trotz nachgewiesener Einsparungen gesellschaftlicher Folgekosten durch die Suchtberatung leidet diese seit Jahrzehnten unter chronischer Unterfinanzierung. Die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V. wies auf ihrem 4. Aktionstag 2023 erneut auf diese Problematik hin, da Land und Kommunen lediglich einen freiwilligen Zuschuss für Personal- und Sachkosten erbringen, was gemeinnützige Träger wie die Caritas vor zunehmend größere finanzielle Herausforderungen stellt, insbesondere bei der ambulanten Rehabilitation Suchtkranker.

Ein Fallbeispiel aus der Suchtberatung:

Zu uns kam eine junge Mutter mit zwei kleinen Kindern. Sie sorgte sich um ihre 72-jährige alleinstehende Mutter, die als Oma tatkräftig im Familienleben integriert war. Die Mutter war nach 15 Jahren abstinenter Lebensgestaltung rückfällig geworden. Zum damaligen Zeitpunkt hatte sie eine stationäre Behandlung in der Fachklinik Eußerthal durchgeführt. In jungen Jahren war sie über Jahre hinweg Gewalt ausgesetzt und hat die daraus entstandenen Nöte im Erwachsenenleben mit Alkohol zu kurieren versucht.

Wir hatten sie kurz zuvor im Rahmen unserer Konsiliartätigkeit im Vincentius-Krankenhaus kennengelernt, wo sie eine Entgiftungsbehandlung durchführte. Sie berichtete über aktuell belastende

Ereignisse und den gescheiterten Versuch, sich mit zunächst geringen, aber dann steigenden Mengen Alkohol selbst zu helfen. Sie litt sehr unter den Rückfällen und darunter, dass sie ihre Enkel nicht mehr sehen durfte.

Wir arbeiteten mit Mutter und Tochter zunächst getrennt voneinander, später gemeinsam. Frau XY entschied sich zur Stabilisierung ihrer Abstinenz zu einer weiteren stationären Klinikbehandlung, die wir einleiteten. Darüber hinaus nahm sie auch wieder regelmäßig an der Selbsthilfegruppe des Kreuzbundes teil.

Es war ihr eine Herzensangelegenheit, gesund für ihre Enkel da sein zu können und insgesamt, so ihr eigener Wortlaut, „in Würde zu altern“.

Projekt Schatzinsel

In enger Kooperation mit der Suchtberatung, Erziehungs-, Ehe- und Lebensberatung sowie dem Kinderschutzdienst des Caritas-Zentrums (Integrierte Beratung) bietet das Caritas-Zentrum Speyer ein wertvolles Unterstützungsangebot für Kinder an, die in ihren Familien mit Suchtproblemen oder psychischen Erkrankungen konfrontiert sind: die Kindergruppe „Schatzinsel“. Kinder, deren Eltern suchtkrank sind, gehören zu einer besonders gefährdeten Gruppe, die später ein erhöhtes Risiko für die Entwicklung eigener Suchtstörungen sowie psychischer Störungen wie Ängste, Depressionen und Persönlichkeitsstörungen aufweisen. Seit einigen Jahren engagiert sich das Caritas-Zentrum Speyer, um diesen Kindern Unterstützung und Stärkung zukommen zu lassen. Die Initiative wurde im Jahr 2017 erweitert, um auch Kinder mit Eltern(teilen), bei denen psychische Erkrankungen diagnostiziert wurden, einzubeziehen.

Die „Schatzinsel“ bietet den Kindern nicht nur Raum für Spiel und Spaß, sondern vermittelt ihnen auch das Bewusstsein, dass sie nicht allein sind. Hier können sie belastende Erlebnisse verarbeiten und ein kindgerechtes Verständnis von Sucht und psychischen

Erkrankungen erlangen, ohne Schuldgefühle tragen zu müssen. Die Einbeziehung der Eltern in die Suche nach Entlastungsmöglichkeiten und die Bereitstellung weiterer Hilfsangebote sind ein zentraler Bestandteil des Programms. Zudem werden Notfallpläne und Vertrauenspersonen mit den Kindern besprochen, um ihnen im Notfall Hilfe zur Selbsthilfe zu ermöglichen. Die „Schatzinsel“ legt großen Wert darauf, gemeinsam mit den Kindern ihre eigenen Stärken und Ressourcen zu entdecken und ein gesundes Selbstwertgefühl aufzubauen.

Die Anmeldung erfolgt durch die Eltern, gefolgt von einem gemeinsamen Erstgespräch. Die Kinder können jederzeit zur Gruppe dazustoßen. Vor den Gruppentreffen werden vorgeschaltete Einzelgespräche durchgeführt, um die Kinder thematisch auf die Inhalte der Gruppensitzungen vorzubereiten. Nach der Neukonzeptionierung im Jahr 2020 wird die „Schatzinsel“ seit September 2021 alle zwei Wochen im Familienzentrum „K.E.K.S“ durchgeführt. Das Angebot wird durch die finanzielle Förderung der Stadt Speyer unterstützt, was dazu beiträgt, die Nachhaltigkeit des Projekts zu gewährleisten.



Winterhilfe

Zusammen mit dem Bistum Speyer und dem Caritasverband der Diözese haben wir uns gemeinsam dafür eingesetzt, Menschen, die aufgrund der gestiegenen Energiepreise in finanzielle Not geraten sind, zu unterstützen. Das Bistum Speyer stellte hierfür 1,5 Millionen Euro bereit. Ab Januar 2023 bestand die Möglichkeit, über die Caritas-Zentren in Ludwigshafen, Speyer, Germersheim, Neustadt, Landau, Pirmasens, Kaiserslautern und Homburg sowie über die Schwangerschaftsberatungsstelle des Sozialverbandes katholischer Frauen (SkF) in Landstuhl eine Nothilfe zu beantragen.

Ein Teil des Sonderetats wird den Kirchengemeinden zur Verfügung gestellt, die damit eigene Hilfsprojekte finanzieren können. Bei Bedarf können die Pfarrbüros den Kontakt zu den Caritas-Zentren vermitteln.

Diese Aktion, angekündigt im Oktober durch Bischof Dr. Karl-Heinz Wiesemann, zielt darauf ab, Menschen die Angst vor dem Winter zu nehmen und ihnen Mut zu machen. Bischof Wiesemann betont: „Angesichts dessen ist es unser Auftrag als Kirche, Hoffungszeichen zu setzen und ganz konkret Menschen in Notlagen zu helfen.“

Ukrainehilfe

Im Jahr 2023 leistete eine Mitarbeiterin im Bundesfreiwilligendienst für Geflüchtete in St. Hedwig bedeutende Unterstützung für geflüchtete Menschen aus der Ukraine, insbesondere Frauen und kleine Kinder. Dabei erhielt sie Unterstützung vom DRK und Kolleg*innen aus dem Pastoralteam. Gleichzeitig wurden in Schiffer-

Die Nothilfe, die durch den Caritasverband für die Diözese Speyer ausgeschüttet wird, ermöglicht eine einmalige finanzielle Unterstützung entweder durch die vollständige Übernahme der noch ausstehenden Energiekosten oder der Lebenshaltungskosten nach Abschlussrechnung des Vermieters oder Energieversorgers.

Die Berater*innen klären in einem persönlichen Gespräch, welche Notlage vorliegt, und beantragen dann die Mittel. Die Anträge werden anhand bestimmter Kriterien geprüft, darunter der Nachweis der Hilfebedürftigkeit durch einen Leistungsbescheid sowie die Aussicht auf Erfolg des Antrags, um die Existenz des Haushalts zu sichern.

Die private Vermögenssituation wird dabei nicht geprüft. Ein weiterer Effekt der Winterhilfe war, dass viele Menschen ihnen zustehende Ansprüche realisieren konnten und der Zuschuss aus der Winterhilfe in manchen Fällen nicht mehr erforderlich war. Auch im Jahr 2024 kann das Angebot der Winterhilfe fortgeführt und sogar ausgebaut werden.

stadt Sprachkurse angeboten, darunter auch spezielle Kurse für gehörlose Menschen. Bedauerlicherweise wird das Projekt im Jahr 2024 nicht fortgesetzt.

Um den wachsenden Bedarf der Kommune zu bewältigen, wird das Familienbüro Maxdorf um 1,0 Stellen erweitert.

Wir erweitern Stellen

Um dem wachsenden Bedarf an Unterstützung für zugewiesene geflüchtete Menschen in den Kommunen gerecht zu werden, wird das Familienbüro Maxdorf um 1,0 Stellen erweitert. Zusätzliche Stunden werden auch

der landesgeförderten Migrationsberatung in der Stadt Speyer zugutekommen. Im Bereich Kitasozialraumarbeit wird durch die Schaffung zusätzlicher Stunden der Ausbau der „KiSas“ in Speyer vorangetrieben.

Wir verbessern interne Abläufe

Darüber hinaus setzen wir im Jahr 2024 verstärkt auf Digitalisierung, um Video- und Chatberatung weiterhin anzubieten sowie interne Abläufe nachhaltig zu verändern und zu verbessern.

Trotz des Abschieds einiger Mitarbeiterinnen, die sich nun auf ihre wohlverdiente Rente vorbereiten, freuen

wir uns darauf, neue Mitarbeiter*innen bei uns willkommen zu heißen.

Mit Zuversicht begegnen wir im neuen Jahr den Veränderungen und Herausforderungen und freuen uns darauf, diese gemeinsam mit unseren Kooperationspartnern zu bewältigen.



Not sehen und handeln.
C a r i t a s

